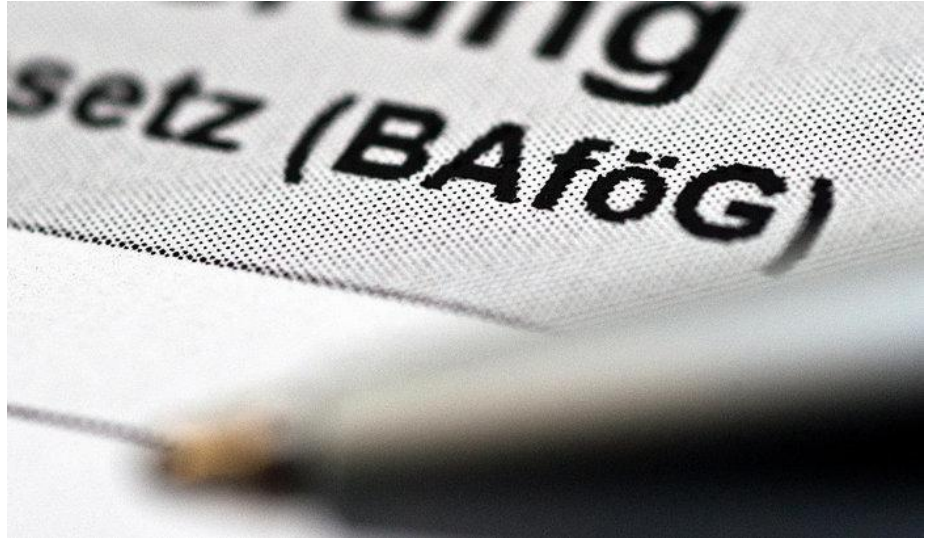


Kaum Geld für die Studis

DGB-Jugend legt alternativen »BAföG-Bericht« vor. Weniger Förderung für weniger Hochschüler

Von Ralf Wurzbacher

Der BAföG-Bericht der Bundesregierung »erscheint alle zwei Jahre«, so schreibt es das Gesetz vor. Und wenn schon – die fällige 21. Auflage ist bereits über ein Jahr in Verzug. Die Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) war des Wartens überdrüssig und hat kurzerhand einen »alternativen« Report verfasst. Herausgekommen ist ein dicker Mängelkatalog: Die Quote der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Geförderten ist demnach weiter rückläufig, Bedarfsätze und Freibeträge seien zu niedrig, Wohnkostenpauschale und Altersgrenzen fern der Wirklichkeit. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) darf sich freuen, für sie gilt: Auftrag erfüllt.



Ein Antrag auf BAföG aus dem Jahr 2014 Foto: Andrea Warnecke/dpa-Bildfunk

Wanka hatte zuletzt im Januar 2014 über die Entwicklung des BAföG Zeugnis abgelegt. Die Zahl der Empfänger sei »auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren«, frohlockte sie seinerzeit. Zugleich versprach sie: »Eine Weiterentwicklung des BAföG muss kommen.« Das DGB-Papier rückt die Kunde eines vermeintlichen Förderrekords bei Studierenden mit einer Quote von 28 Prozent im Jahr 2012 ins rechte Licht. Nach diesem lag die Quote vor fünf Jahren bei 15 Prozent und ist bis 2015 auf zwölf Prozent »eingebrochen«. Nominell waren das »fast 90.000 Geförderte« weniger als drei Jahre davor.

Der DGB setzt die Geförderten ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden, während die Regierung nur solche in »förderungsfähiger Ausbildung« zugrunde legt. Aber selbst nach dieser Systematik ist die Zahl der BAföG-Bezieher laut DGB-Jugend um fünf Punkte auf 23 Prozent eingebrochen. Bei den Schülern rutschte dieser ohnehin geschönte Wert von 19 auf 16 Prozent ab. »Tatsächlich werden nur noch rund 1,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in 2015 überhaupt noch durch das BAföG gefördert«, heißt es in dem Bericht. Die letzte BAföG-Reform ist seit Beginn des laufenden Wintersemesters in Kraft. Davor hatte es sechs Jahre lang keine Nachbesserungen gegeben.

Aber auch das bewilligte Plus von sieben Prozent bei Fördersätzen und Elternfreibeträgen konnte die Lohn- und Preisentwicklung der vorangegangenen Jahre nicht kompensieren. Das hat schlechte Tradition: Nach DGB-Berechnungen lagen die Bedarfsätze 2016 um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1971. Um diese »faktische Entwertung auszugleichen«, seien die Förderbeträge »sofort« um 6,5 Prozent anzuheben, fordert der Gewerkschaftsdachverband. Weiterhin müssten die Freibeträge mit den Bruttolöhnen und -gehältern Schritt halten und die Bedarfsätze, Freibeträge und Sozialpauschalen mit jedem BAföG-Bericht automatisch angepasst werden. Insbesondere bleibe die Wohnpauschale, die sich auf 250 Euro beläuft, weit hinter dem Bedarf zurück. Örtlich decke der Betrag nur 60 Prozent der realen Wohnkosten.

Wanka forciert wie ihre Amtsvorgängerin und Parteifreundin Annette Schavan den Ausbau privater Studienfinanzierungsmodelle – etwa mit Studienkrediten oder in Gestalt des sogenannten Deutschlandstipendiums. Deren Bedeutung wächst in dem Maße, wie die staatliche Ausbildungsförderung an Boden verliert. Die Schrumpfkur beim BAföG ist deshalb kein Ausrutscher, sondern geschieht nach Plan. »Frau Wanka hat in ihrer Amtszeit die Baustelle BAföG zur Großbaustelle werden lassen«, monierte denn auch Aljoscha Dalkner, Mitglied im Bundesvorstand der Hochschulgruppen der Jusos, in einer Stellungnahme vom Sonntag.